

EVA WICKERATH

Freiheit und Bindung im Urhebervertragsrecht

*Geistiges Eigentum und
Wettbewerbsrecht*

Mohr Siebeck

Geistiges Eigentum und Wettbewerbsrecht

herausgegeben von
Peter Heermann, Diethelm Klippel †,
Ansgar Ohly und Olaf Sosnitza

180



Eva Wickerath

Freiheit und Bindung im Urhebervertragsrecht

Eine Studie zum Primärvertrag *de lege ferenda*
mit komparativem Bezug zum Recht der USA

Mohr Siebeck

Eva Wickerath, geboren 1990; Kombinationsstudium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in Mannheim und London; 2014 Bachelor of Laws; 2017 Erste juristische Prüfung; 2019 Visiting Researcher an der Columbia Law School; 2020 Visiting Researcher an der Stanford Law School; 2021 Promotion; seit 2021 Referendariat am Kammergericht Berlin.

Gedruckt mit Unterstützung des Wissenschaftsausschusses der Deutschen Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht e.V. (GRUR)

ISBN 978-3-16-161713-3/eISBN 978-3-16-161836-9

DOI 10.1628/978-3-16-161836-9

ISSN 1860-7306/eISSN 2569-3956 (Geistiges Eigentum und Wettbewerbsrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2022 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Laupp & Göbel in Gomaringen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2021/22 vom Fachbereich Rechtswissenschaften der Universität Osnabrück als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur konnten bis August 2021 berücksichtigt werden.

Mein besonderer Dank gilt Prof. Dr. Mary-Rose McGuire für die hervorragende Betreuung und die wertvollen Anregungen. Prof. Dr. Hans-Jürgen Ahrens danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Für die ertragreichen Forschungsaufenthalte in den USA danke ich Prof. Jane C. Ginsburg (Columbia University) und Prof. Paul Goldstein (Stanford University). Sehr herzlich danke ich auch den Herausgebern für die Aufnahme in die Schriftenreihe „Geistiges Eigentum und Wettbewerbsrecht“.

Verschiedene Promotionsstipendien gewährten mir ein selbstbestimmtes, in fachlicher und persönlicher Hinsicht bereicherndes Arbeiten. Den Förderungsfonds Wissenschaft der VG WORT, der Studienstiftung des deutschen Volkes und der Deutsch-Amerikanischen Fulbright Kommission danke ich für die ideelle und materielle Förderung in Deutschland sowie in den USA.

Darüber hinaus bedanke ich mich für die Auszeichnung der Arbeit mit dem Förderpreis der Universität Osnabrück (Hans Mühlenhoff-Stiftung) sowie für den großzügigen Druckkostenzuschuss des Wissenschaftsausschusses der Deutschen Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht e. V. (GRUR).

In jeder Phase des Schaffensprozesses durfte ich auf den Rückhalt und die Unterstützung meiner Familie vertrauen, ihr ist die Arbeit gewidmet.

Seoul, im September 2022

Eva Wickerath

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einleitung	1
I. Anlass der Untersuchung	1
II. Ziel und Gang der Untersuchung	3
III. Eingrenzung des Untersuchungsumfangs	5
<i>Kapitel 1: Freiheit und Bindung sowie der Auftrag des Urhebervertragsrechts</i>	7
I. Freiheit und Bindung als Kernprinzipien des Privatrechtsverkehrs	8
II. Schranken der Freiheit und Bindung	21
III. Auftrag des deutschen Urhebervertragsrechts vor dem Hintergrund von Freiheit und Bindung	30
<i>Kapitel 2: Freiheit und Bindung im deutschen Urhebervertragsrecht – de lege lata</i>	53
I. Traditionelle Programmsätze des UrhG und ihre Bedeutung für das Urhebervertragsrecht	54
II. Instrumente zur Sicherung der Werkkontrolle des Urhebers	58
III. Instrumente zur Sicherung der Vergütung des Urhebers	121
IV. Besonderheiten für Arbeitnehmerurheber	161
V. Zusammenschau zur Ausgestaltung von Freiheit und Bindung im Urhebervertragsrecht	171
<i>Kapitel 3: Freiheit und Bindung im amerikanischen (Urheber-)Vertragsrecht</i>	181
I. Auftrag des (Urheber-)Vertragsrechts vor dem Hintergrund von <i>freedom</i> und <i>sanctity of contract</i>	182
II. Instrumente zur Sicherung der Werkkontrolle des <i>author</i>	193
III. Instrumente zur Sicherung der Vergütung des <i>author</i>	239
IV. Besonderheiten für <i>works made for hire</i>	250

V. Zusammenschau zur Ausgestaltung von Freiheit und Bindung im (Urheber-)Vertragsrecht	256
<i>Kapitel 4: Freiheit und Bindung bei ausländischem Vertragsstatut</i>	261
I. Grundlinien des Internationalen Urhebervertragsrechts	262
II. Internationalprivatrechtliche Sicherung der Werkkontrolle des Urhebers ..	280
III. Internationalprivatrechtliche Sicherung der Vergütung des Urhebers	313
IV. Internationalprivatrechtliche Besonderheiten für Arbeitnehmer	332
V. Zusammenschau zur Ausgestaltung von Freiheit und Bindung bei ausländischem Vertragsstatut	335
<i>Kapitel 5: Freiheit und Bindung im deutschen Urhebervertragsrecht – de lege ferenda</i>	339
I. Reformbedarf aus der Perspektive von Freiheit und Bindung	340
II. Reformimpulse für das individualvertragliche primäre Urhebervertragsrecht	343
Schlussbetrachtung und Ausblick	397
Anhang: Vorgeschlagene Gesetzesänderungen des UrhG	403
Literaturverzeichnis	405
Sachregister	439

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einleitung	1
I. Anlass der Untersuchung	1
II. Ziel und Gang der Untersuchung	3
III. Eingrenzung des Untersuchungsumfangs	5
<i>Kapitel I: Freiheit und Bindung sowie der Auftrag des Urhebervertragsrechts</i>	7
I. Freiheit und Bindung als Kernprinzipien des Privatrechtsverkehrs	8
1. Vertragsfreiheit als Element der Privatautonomie	8
2. Vertragsbindung als notwendiges Gegenstück der Vertragsfreiheit	9
3. Verankerung im deutschen Recht	10
a) Notwendigkeit der Anerkennung durch die Rechtsordnung	10
b) Verfassungsrechtliche Gewährleistung	11
4. Verankerung im europäischen Recht	13
5. Legitimation von Freiheit und Bindung	15
a) Formale Vertragsfreiheit und ihr materiales Pendant	15
b) Vertragsbindung als Zukunftsgarant verpflichtender Verträge	19
II. Schranken der Freiheit und Bindung	21
1. „Optimierungsgebot“ von Rechtsprinzipien	21
2. Ungleiche Machtverteilung und Paritätsstörungen als „Dilemma“ der Vertragsfreiheit	23
3. Unilaterale Vertragsanpassungs-/lösungsrechte zum Schutz vor „ewiger“ Vertragsbindung	27
III. Auftrag des deutschen Urhebervertragsrechts vor dem Hintergrund von Freiheit und Bindung	30
1. Ausgangspunkt: Die symbiotische Beziehung von Urhebern und Verwertern	30
2. Rechtlicher Rahmen des Urhebervertragsrechts	33
3. Wirtschaftlicher Rahmen des Urhebervertragsrechts	36

4. Primäres Urhebervertragsrecht zum beiderseitigen Interessenausgleich	40
a) Herleitung der tradierten vertragsrechtlichen Urheberschutzmaxime	40
aa) Erfolgsunsicherheiten der Kulturverwertung	40
bb) Buy-out-Praktiken	41
cc) Sperrlisten-Praktiken	42
b) Pauschalität der Prämisse einer strukturellen Paritätsstörung	43
c) Vertragsrecht und sozialpolitische Umverteilungsziele	47
d) Schlussfolgerung und Maßstab für die weitere Untersuchung	50
 <i>Kapitel 2: Freiheit und Bindung im deutschen Urhebervertragsrecht – de lege lata</i>	 53
I. Traditionelle Programmsätze des UrhG und ihre Bedeutung für das Urhebervertragsrecht	54
1. Werkkontrolle des Urhebers	54
2. Sicherung einer angemessenen Vergütung des Urhebers	54
3. Verhältnis der Programmsätze	56
4. Berücksichtigung der Verwerterinteressen	57
II. Instrumente zur Sicherung der Werkkontrolle des Urhebers	58
1. Rechtsgeschäfte über das Urheberrecht	58
a) Unübertragbarkeit des Urheberrechts unter Lebenden	58
b) Lizenzierung von Nutzungsbefugnissen	60
aa) Gegenstand und allgemeine Charakteristika der Lizenzierung im Urheberrecht	60
bb) Verfügungsbefugnis und Sukzessionsschutz des Lizenznehmers	62
cc) Lizenzvertrag als Dauerschuldverhältnis	64
dd) Kontroverse um die Rechtsnatur der Lizenz	66
(1) Einordnung der Lizenz als primär obligatorisches oder dingliches Recht	66
(2) Dogmatische Ungereimtheiten bei Annahme der dinglichen Rechtsnatur	68
(3) Diskrepanz zwischen der für dinglich befundenen Lizenz zum Trennungs- und Abstraktionsprinzip	71
c) Rechtsgeschäfte über Urheberpersönlichkeitsrechte	77
aa) Fehlende gesetzliche Regulierung trotz Praxisbedürfnis	77
bb) Überblick über Meinungsstand in der Literatur	80
2. Auslegung von Verträgen über Nutzungsbefugnisse	83
a) Vorgeschichte und Zielsetzung	83
b) Regelungsstruktur der auf den Vertragszweck begrenzenden Auslegung	84
c) Legitimation ausschließlich im Sinne der Werkkontrolle	86
d) Weitere Auslegungsregeln	88
3. Verträge über unbekannte Nutzungsarten	89
a) Lizenzierungsverbot bis zum 31. Dezember 2007	89
b) Rechtslage ab dem 1. Januar 2008	91

4. Beendigungsmöglichkeiten der Lizenzierung von Nutzungsbefugnissen	94
a) Widerrufsrecht bei Verträgen über unbekannte Nutzungsarten	94
aa) Voraussetzungen und Rechtsfolge	94
bb) Rezeption und praktische Bedeutung	96
b) Kündigungsrecht für Verträge über künftige Werke	98
c) Rückrufsrechte	101
aa) Rückrufsrecht wegen Nichtausübung	101
bb) Rückrufsrecht wegen gewandelter Überzeugung	106
d) Überblick über Beendigungsmöglichkeiten nach allgemeinem Zivilrecht	108
5. Recht zur anderweitigen Verwertung bei pauschaler Vergütung	112
a) Vorgeschichte und Zielsetzung	112
b) Voraussetzungen und Rechtsfolge	114
c) Rezeption und praktische Bedeutung	118
III. Instrumente zur Sicherung der Vergütung des Urhebers	121
1. Rechte zur Sicherung der angemessenen Vergütung	121
a) Vorgeschichte, Zielsetzung und Regelungsstruktur	121
aa) Bisherige Rechtslage	121
bb) Änderungen durch die Umsetzung der DSM-RL 2019	125
b) Vertragsänderungsanspruch für eine im Zeitpunkt des Vertragsschlusses unangemessene Vergütung	126
aa) Anspruchsinhalt	126
bb) Anwendungsvoraussetzungen	127
(1) Vorrang kollektivvertraglicher Regelungen	127
(2) Unangemessenheit der Vergütungsvereinbarung	127
(3) Erhöhte Anforderungen an Pauschalvergütungen	131
cc) Rechtsfolge	133
dd) Auswirkung auf Freiheit und Bindung	134
c) Vertragsänderungsanspruch bei einer unverhältnismäßig niedrigen Vergütung nach Vertragsschluss	135
aa) Anspruchsinhalt	135
bb) Anwendungsvoraussetzungen	136
cc) Rechtsfolge	140
d) Vergütung für später bekannte Nutzungsarten	141
e) Auskunft und Rechenschaft des Vertragspartners	144
aa) Vorgeschichte und Anspruchsinhalt	144
bb) Voraussetzungen und Rechtsfolge	146
cc) Rezeption und praktische Bedeutung	148
2. Folgerecht	149
a) Anwendungsvoraussetzungen und Rechtsfolge	149
b) Erkenntnisgewinn für das Urhebervertragsrecht	152
3. Überblick über Möglichkeiten der Inhaltskontrolle nach allgemeinem Zivilrecht	154
a) Bedeutung und Ausgangspunkt der AGB-Kontrolle	154

b) Urteil des Bundesgerichtshofes v. 31.5.2012 – <i>Honorarbedingungen für freie Journalisten</i>	156
aa) Leistungsbeschreibungen und Preisvereinbarungen	156
bb) Von Rechtsvorschriften abweichende oder diese ergänzende Regelungen durch AGB	158
IV. Besonderheiten für Arbeitnehmerurheber	161
1. Interessenlage	161
2. Anwendungsbereich	162
3. Einschränkungen der Werkkontrolle	164
4. Verhältnis von Arbeitslohn und Lizenzvergütung	168
V. Zusammenschau zur Ausgestaltung von Freiheit und Bindung im Urhebervertragsrecht	171
1. Materialisierungen zugunsten der Werkkontrolle des Urhebers	171
2. Materialisierungen zugunsten der Vergütung des Urhebers	174
3. Materialisierungen zugunsten von Arbeitnehmerurhebern	176
4. Gesamtbetrachtung	177
 <i>Kapitel 3: Freiheit und Bindung im amerikanischen (Urheber-)Vertragsrecht</i>	 181
I. Auftrag des (Urheber-)Vertragsrechts vor dem Hintergrund von <i>freedom</i> und <i>sanctity of contract</i>	182
1. Ausgangspunkt: Das Werk als primär wirtschaftliches Handelsgut	182
2. Rechtlicher Rahmen des (Urheber-)Vertragsrechts	185
3. Wirtschaftlicher Rahmen des (Urheber-)Vertragsrechts	187
4. (Urheber-)Vertragsrecht zur effizienten Verbreitung und Verwertung von Werken	189
5. Vergleich zum deutschen Recht	191
II. Instrumente zur Sicherung der Werkkontrolle des <i>author</i>	193
1. Rechtsgeschäfte über das <i>copyright</i>	193
a) Rechtsübertragung und Lizenzierung	193
b) Verfügungsbefugnis des Lizenznehmers	197
c) Konfligierende <i>transfers</i> und Sukzessionsschutz	198
d) Verzicht auf <i>moral rights</i>	199
2. Auslegung von Verträgen über das <i>copyright</i>	202
a) Grundzüge allgemeiner Auslegungsregeln des amerikanischen Vertragsrechts	202
b) Ermittlung des Umfangs von Rechtsübertragungen und Lizenzierungen	205
aa) Bekannte Nutzungsarten	205
bb) Unbekannte Nutzungsarten	206
cc) Verträge über künftige Werke	210
c) Stillschweigend vereinbarte Vertragsbestandteile – <i>implied covenants</i>	211

3. Beendigungsmöglichkeiten von Übertragungen oder Lizenzierungen des <i>copyright</i>	213
a) Kündigungsrechte des CA 1976	213
aa) Vorgeschichte und Zielsetzung	213
bb) Kündigung gemäß § 203 CA 1976 für <i>grants</i> nach dem 1. Januar 1978	216
(1) Voraussetzungen	216
(2) Rechtsfolgen	221
cc) Kündigung gemäß § 304 (c), (d) CA 1976 für <i>grants</i> vor dem 1. Januar 1978	225
dd) Rezeption und praktische Bedeutung	227
b) Überblick über Beendigungsmöglichkeiten nach einzelstaatlichem Vertragsrecht	230
aa) Mögliche Ansätze	230
bb) Schicksal der Rechte bei vorzeitiger Vertragsbeendigung	232
4. Vergleich zum deutschen Recht	233
III. Instrumente zur Sicherung der Vergütung des <i>author</i>	239
1. Inhaltskontrolle	239
a) <i>Freedom to make a bad bargain</i> als Ausgangspunkt	239
b) Unconscionability-Doktrin	240
c) Public-policy-Doktrin	242
2. Überblick über kollektivvertragliche Regeln	243
3. Folgerecht	246
4. Vergleich zum deutschen Recht	247
IV. Besonderheiten für <i>works made for hire</i>	250
1. Anwendungsbereich	250
2. Rechtsfolge	253
3. Vergleich zum deutschen Recht	255
V. Zusammenschau zur Ausgestaltung von Freiheit und Bindung im (Urheber-)Vertragsrecht	256
 <i>Kapitel 4: Freiheit und Bindung bei ausländischem Vertragsstatut</i>	 261
I. Grundlinien des Internationalen Urhebervertragsrechts	262
1. Territorial und persönlich begrenzte Rechte als Ausgangspunkt	262
2. <i>Lex loci protectionis</i> als Anknüpfungsregel für das Urheberrecht	264
3. <i>Lex contractus</i> als Anknüpfungsregel für Verträge	266
a) Rom-I-VO als vorrangige Rechtsquelle	266
b) Reichweite der <i>lex contractus</i>	267
c) Objektive Anknüpfung	268
d) Subjektive Anknüpfung	270
aa) Konkretisierung der Rechtswahl in der Rom-I-VO	270
bb) Stellenwert der Parteiautonomie	271

(1) Überblick der im Internationalen Privatrecht tangierten Interessen	271
(2) Freiheit und Bindung durch Rechtswahl	272
cc) Schranken der Parteiautonomie	275
(1) <i>Status quo</i> des Interessenausgleichs	275
(2) Schwächerenschutz als „Dilemma“ der Parteiautonomie	277
4. Ertrag für die weitere Untersuchung	279
II. Internationalprivatrechtliche Sicherung der Werkkontrolle des Urhebers ..	280
1. Rechtsgeschäfte über das Urheberrecht	280
a) Übertragung von Schutzrechten	280
b) Problematik der Anknüpfung von Lizenzierungen	281
aa) Rechtsnatur der Lizenz als materiellrechtlicher Ausgangspunkt	281
bb) Kollisionsrechtliche Kontroverse über die Anknüpfung von Lizenzen	282
cc) Kein Präjudiz durch die Rom-I-VO	284
dd) Stellungnahme zugunsten der verdinglichten Obligation	287
c) Formfragen	288
2. Rechtsgeschäfte über Urheberpersönlichkeitsrechte	290
3. Auslegung von Verträgen über Nutzungsbefugnisse	291
a) Problematik des Eingriffsnormcharakters urhebervertragsrechtlicher Schutzmechanismen	291
aa) Anwendbarkeit des Vertragsstatuts als Grundvoraussetzung	291
bb) Allgemeine Anforderungen an Eingriffsnormen	291
(1) Definition in der Rom-I-VO	291
(2) Problematik sonderprivatrechtlicher Vorschriften	295
(3) <i>Ingmar-</i> und <i>Unamar-</i> Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes	297
(4) Zwischenergebnis	301
cc) Meinungsüberblick für urhebervertragsrechtliche Schutzmechanismen	302
dd) Stellungnahme in Ansehung des <i>Hi-Hotel-II</i> -Judikats des Bundesgerichtshofs	304
b) Ergebnis für urhebervertragsrechtliche Auslegungsregeln	306
4. Verträge über unbekannte Nutzungsarten	307
5. Beendigungsmöglichkeiten der Lizenzierung von Nutzungsbefugnissen	308
a) Widerrufsrecht bei Verträgen über unbekannte Nutzungsarten	308
b) Kündigungsrecht für Verträge über künftige Werke	310
c) Rückrufsrechte	311
6. Recht zur anderweitigen Verwertung bei pauschaler Vergütung	312
III. Internationalprivatrechtliche Sicherung der Vergütung des Urhebers	313
1. Rechte zur Sicherung der angemessenen Vergütung	313
a) Ansprüche auf Vertragsänderung, auf Auskunft und Rechenschaft sowie auf außergerichtliche Konfliktbeilegung	313
aa) Ausdrückliche Anordnung eines internationalen Geltungsbefehls	313

bb) Rechtspolitische Zweifel an der Vereinbarkeit mit europäischem Recht	316
(1) Keine unbegrenzte Definitionshoheit als Ausgangspunkt . . .	316
(2) Differenzierung nach Fallgestaltung	318
(a) <i>Konstellation 1</i> : Harmonisierungsstandard als Eingriffsrecht in innerunionalen Sachverhalten	318
(b) <i>Konstellation 2</i> : Harmonisierungsstandard als Eingriffsrecht gegenüber Drittstaaten	319
(c) <i>Konstellation 3</i> : Überschießende Richtlinienumsetzung (Ex-ante-Preiskontrolle) als Eingriffsrecht in innerunionalen Sachverhalten	322
(d) <i>Konstellation 4</i> : Überschießende Richtlinienumsetzung (Ex-ante-Preiskontrolle) als Eingriffsrecht gegenüber Drittstaaten	326
(3) Ergebnis	327
b) Vergütung für später bekannte Nutzungsarten	328
2. Folgerecht	331
IV. Internationalprivatrechtliche Besonderheiten für Arbeitnehmer	332
V. Zusammenschau zur Ausgestaltung von Freiheit und Bindung bei ausländischem Vertragsstatut	335

*Kapitel 5: Freiheit und Bindung im deutschen Urhebervertragsrecht –
de lege ferenda* 339

I. Reformbedarf aus der Perspektive von Freiheit und Bindung	340
II. Reformimpulse für das individualvertragliche primäre Urhebervertragsrecht	343
1. Leistungsseite: Die Problematik ewiger Bindungen von Buy-out-Verträgen	343
a) Asymmetrie des urhebervertragsrechtlichen Schutzkonzepts als Ausgangspunkt	343
b) Synchronität eines Entkoppelungsmechanismus mit dem BGB	345
aa) Allgemeine Handhabung der Bindung durch Dauerschuldverhältnisse	345
bb) Spezielles Kündigungsrecht für Miet- und Pachtverträge über mehr als dreißig Jahre	346
cc) Relevanz für das Urhebervertragsrecht	350
(1) Dauerschuldcharakter des Lizenzvertrags	350
(2) Mögliche Legitimationsgründe	351
(a) Konzeptionelle Trennung von Obligation und Verfügung	351
(b) Herstellung von Symmetrie auf Leistungs- und Gegenleistungsseite	352
(c) Milderung von Ex-ante-Ungewissheiten über den Vermarktungserfolg	353
dd) Schlussfolgerung	354

c) Bisherige Reformvorschläge für Entkoppelungsmechanismen	355
d) <i>Reformimpuls</i> : Substitution des Rechts zur anderweitigen Verwertung durch ein spezielles Kündigungsrecht nach dreißig Jahren	358
aa) Länge der zeitlichen Bindungsgrenze	358
bb) Entkoppelungsmittel und -berechtigung	360
cc) Materielle Voraussetzungen	362
(1) Vorliegen eines Lizenzvertrags	362
(2) Überschreitung einer dreißigjährigen Vertragsdauer	363
(3) Forschungs- und diskussionsbedürftige Ausnahmetatbestände	364
dd) Formelle Voraussetzungen	366
ee) Rechtsfolgen der Kündigung	368
(1) Rückfall der Rechte <i>ex nunc</i>	368
(2) (Keine) Notwendigkeit einer Vorzugsstellung des ersten Vertragspartners	369
ff) Disponibilität des Kündigungsrechts	371
e) Vereinbarkeit mit der DSM-RL 2019	372
f) Ergebnis	373
2. Gegenleistungsseite: Die Problematik einer Preiskontrolle im Zeitpunkt des Vertragsschlusses	374
a) Funktionsdefizite und Nebenwirkungen als Ausgangspunkt	374
b) Asynchronität der Ex-ante-Preiskontrolle mit dem BGB	375
c) Urteil des Bundesverfassungsgerichts v. 23.10.2013 – <i>Übersetzerhonorare</i>	378
aa) Bedeutung vor dem Hintergrund der DSM-RL 2019	378
bb) Urteilsbegründung	379
cc) Verbleibende Zweifel rechtspolitischer Art	383
(1) Politische Verantwortung von Materialisierungen	383
(2) Irrelevanz des Vorliegens einer Fremdbestimmung	384
(3) Ungeeignetheit für sozialpolitische Umverteilungsziele	389
(4) Schlussfolgerung	390
d) <i>Reformimpuls</i> : Streichung der Ex-ante-Preiskontrolle unter der Bedingung von Ex-post-Interventionen auf Leistungs- und Gegenleistungsseite	391
e) Vereinbarkeit mit der DSM-RL 2019	393
f) Ergebnis	394
 Schlussbetrachtung und Ausblick	 397
 Anhang: Vorgeschlagene Gesetzesänderungen des UrhG	 403
 Literaturverzeichnis	 405
Sachregister	439

Abkürzungsverzeichnis

Die in dieser Arbeit verwendeten Abkürzungen basieren auf *Kirchner, Hildebert* (Begr.), Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 9. Auflage, Berlin u. a. 2018 sowie auf *The Bluebook*, hrsg. v. Harvard Law Review Association u. a., 20. Auflage, Cambridge (Mass.) 2015. Hingewiesen wird auf die folgenden (vereinzelt von den vorgenannten Werken abweichenden) Abkürzungen:

Am. J. Comp. L.	American Journal of Comparative Law
B.U.L. Rev.	Boston University Law Review
Berkeley Tech. L. J.	Berkeley Technology Law Journal
Buff. L. Rev.	Buffalo Law Review
Bull. Copyright Soc’y U.S.A.	Bulletin of the Copyright Society of the USA
Cardozo Arts & Ent. L.J.	Cardozo Law’s Arts & Entertainment Law Journal
Case W. Res. L. Rev.	Case Western Reserve Law Review
CML Rev.	Common Market Law Review
Colum. J.L. & Arts	The Columbia Journal of Law & the Arts
Colum. L. Rev.	Columbia Law Review
Comm. Law.	Communications Lawyer
Comm/Ent L.	Journal of Communications and Entertainment Law
Cornell L. Q.	The Cornell Law Quarterly
Cornell L. Rev.	Cornell Law Review
FG	Festgabe
Fla. L. Rev.	Florida Law Review
Fla. St. U. L. Rev.	Florida State University Law Review
Harv. J. L. & Tech	Harvard Journal of Law & Technology
Harv. J. On Legis	Harvard Journal on Legislation
Harv. J. Sports & Ent. L.	Harvard Journal of Sports & Entertainment Law
Hastings Comm. & Ent. L.J.	Hastings Communications and Entertainment Law Journal
Hous. L. Rev.	Houston Law Review
IJMBR	International Journal of Music Business Research
Iowa L. Rev.	Iowa Law Review
J. Copyright Soc’y U.S.A.	Journal of the Copyright Society of the U.S.A.
J. Leg. Stud.	The Journal of Legal Studies
J. Pol. Econ.	Journal of Political Economy
J. Priv. Int’l L.	Journal of Private International Law
JIPLP	Journal of Intellectual Property Law & Practice
La. L. Rev.	Louisiana Law Review
Loy. L. A. Ent. L. Rev.	Loyola of Los Angeles Entertainment Law Review
Managing Intell. Prop.	Managing Intellectual Property
Mich. ST. L. Rev.	Michigan State Law Review
N.Y.U. L. Rev.	New York University Law Review
Neb. L. Rev.	Nebraska Law Review
Notre Dame L. Rev.	Notre Dame Law Review
Nw. J. Tech. & Intell. Prop.	Northwestern Journal of Technology & Intellectual Property

Oxford J. Legal Stud.	Oxford Journal of Legal Studies
Pepp. L. Rev.	Pepperdine Law Review
RLE	Review of Law & Economics
Seton Hall J. Sports & Ent. L.	Seton Hall Journal of Sports and Entertainment Law
St. John's Ent., Arts & Sports L.J.	St. John's Entertainment, Arts and Sports Law Journal
Stan. L. Rev.	Stanford Law Review
Theoretical Inq. L.	Theoretical Inquiries in Law
U. Balt. L. Rev.	University of Baltimore Law Review
U. Colo. L. Rev.	University of Colorado Law Review
U. Pa. L. Rev.	University of Pennsylvania Law Review
UNSW. L. J.	University of New South Wales Law Journal
UCLA L. Rev.	UCLA Law Review
UMKC L. Rev.	UMKC Law Review
Va. L. Rev.	Virginia Law Review
Vand. J. Ent. & Tech. L.	Vanderbilt Journal of Entertainment and Technology Law
Yale Hum. Rts. & Dev. L.J.	Yale Human Rights and Development Law Journal
ZGE/IPJ	Zeitschrift für geistiges Eigentum/Intellectual Property Journal

Einleitung

„In fact, there is no such thing as resignation for an artist in the music industry. [...] Effectively, you sign a piece of paper at the beginning of your career and you are expected to live with that decision, good or bad, for the rest of your professional life.“
(*G. Michael*, 1994)¹

I. Anlass der Untersuchung

Der arme Poet. *The starving artist*. Die gestörte Vertragsparität zwischen Urhebern und Verwertern. Weltweit werden mit diesen Titeln Übervorteilungen Kreativer assoziiert. Befürchtet wird, dass Urheber als Leidtragende einer Paritätsstörung sämtliche Rechte an ihrem Werk für die gesamte Schutzdauer und gegen eine unangemessene Vergütung aus der Hand geben.² Solche Buy-out-Transaktionen empören das Gerechtigkeitsgefühl, sind aber zunächst nur Ausfluss zweier eigenständiger Kernprinzipien unseres Privatrechtsverkehrs. So verbürgt die Vertragsfreiheit Selbstbestimmung und damit die Möglichkeit zweier Kontrahenten per Vertrag einen angemessenen Interessenausgleich frei von staatlicher Einflussnahme herbeizuführen. Geschützt wird der einmal geschlossene Vertrag erst durch die mit der Vertragsbindung angeordnete Selbstverantwortung, da der Konsens durch keine Partei einseitig beendet oder geändert werden kann. Ebenso allgemein anerkannt ist jedoch, dass formal verstandener Freiheit und Bindung Funktionsdefizite innewohnen, die Materialisierungen erfordern. Eindeutig liegt die Schranke der Vertragsfreiheit dort, wo keine Selbstbestimmung, sondern, wie etwa in Zwangslagen, eine Fremdbestimmung vorliegt. Gleichmaßen verkörpern ewige und unzumutbare Bindungen, die die Selbstverantwortung überfordern, die Grenze der Vertragsbindung. Die genaue Lage der Inter-

¹ <http://www.nytimes.com/1994/06/22/arts/george-michael-loses-lawsuit-against-sony.html> (zuletzt abgerufen am 7.5.2022).

² Das eingangs genannte Zitat des britischen Sängers George Michael aus dem Jahr 1994 (überliefert nach seinem verlorenen Prozess gegen Sony Music Entertainment (UK) Ltd.) verdeutlicht dies paradigmatisch.

ventionsschwelle seitens des Staates ist im Privatrecht bislang keiner handfesten Systematisierung zugeführt worden. Vielmehr wird rechtsgebietsübergreifend und konkret im (primären) Urhebervertragsrecht nicht ohne Sorge beobachtet, dass pauschalisierte und häufig ohne empirische Grundlage attestierte Verhandlungsungleichgewichte die maßgebliche Grundlage zwingender Schutzmechanismen zugunsten des Schwächeren bilden.³

Solche ausschließlich den Interessen der Kreativen gewidmete Materialisierungen von Freiheit und Bindung im Urhebervertragsrecht sind aus der Perspektive des traditionellen Urheberschutzes uneingeschränkt begrüßenswert. Spätestens auf den zweiten Blick offenbart sich jedoch ein eklatantes Spannungsverhältnis zur Komplexität des Schutzgegenstands des Urheberrechts im digitalen Zeitalter. Bekanntlich werden nicht mehr nur Prosa, ernste Musik und bildende Kunst urheberrechtlich geschützt, sondern auch – wiederum beispielhaft – Kleingemünztes, Alltagserzeugnisse und Software. Wird die heterogene Gruppe der Urheber in ihrer Gesamtheit betrachtet, oszilliert das wirkmächtige Bild des Schwachen zwischen trauriger Realität und wirklichkeitsfremdem Narrativ. Dennoch prägt ein generalisierter Schwächebefund das *ius cogens* des Urhebervertragsrechts und provoziert so fehlgeleitete Freiheitsverkürzungen, die empfindlich in Märkte eingreifen können. Davon betroffen ist nicht zwangsläufig nur die Kulturwirtschaft. Wenn zu starre Materialisierungen zu Umgehungsrisiken und zu einer Minderung des Marktwerts der Nutzungsbefugnisse führen, drohen ungewollte Umverteilungen innerhalb der Gruppe der Urheber, etwa wenn besonders schwache Urheber mangels Profitabilität womöglich überhaupt keinen Vertrag mehr angeboten bekommen. Dies wäre ein möglicher Erklärungsansatz, warum die gewünschte Stärkung schutzbedürftiger Kreativer nach überwiegendem Dafürhalten häufig ausbleibt,⁴ obgleich das im deutschen Privatrecht zum Teil einzigartige, kontinuierlich ausgebaute Schutzkonzept im Jahr 2022 sein zwanzigjähriges Jubiläum feiert. Da der vertragsrechtliche Urheberschutz in Deutschland, je nach Perspektive, entweder für unzureichend protektiv oder als rein kontraproduktives Handelshindernis befunden wird, vermögen die emotional geführten Reformdiskussionen aus der Vergangenheit nicht zu überraschen.

Bedenken im Hinblick auf die Vereinbarkeit des Urhebervertragsrechts mit der Vertragsfreiheit werden zwar seit jeher geäußert, lassen aber bislang eine grundsätzliche Aufarbeitung vermissen.⁵ Trotz der langen Laufzeiten von Lizenzverträgen über urheberrechtliche Nutzungsbefugnisse gilt Gleich-

³ Paradigmatisch *Götting*, in: FG Schricker (1995), 53, 59, „Das Urhebervertragsrecht als ‚Schutz der Schwächeren‘“.

⁴ Exemplarisch *Maas*, ZUM 2016, 207, 209.

⁵ S. etwa die rechtsvergleichenden Beiträge des Symposiums „Vertragsfreiheit im Urheberrecht“ v. 1./2. Oktober 1975, in: Reimer, Vertragsfreiheit im Urheberrecht (1977).

ches für die – wenn überhaupt schlagwortartig ins Feld geführte – Vertragsbindung. Vor dem Hintergrund der Allgegenwärtigkeit grenzüberschreitender Sachverhalte bedeutsam ist zudem das Verhältnis von privat- und parteiautonomer Freiheit und Bindung, da Rechtswahlen gegebenenfalls die Reichweite des gesetzgeberischen Schutzkonzepts begrenzen. Diese grundsätzlichen Fragen scheinen umso mehr geboten, als das deutsche Urhebervertragsrecht im Jahr 2019 Modell stand für das Debüt urhebervertragsrechtlicher Bestimmungen auf europäischer Ebene.⁶ Vor dem Hintergrund dieser Vorbildfunktion rückt die Frage in den Mittelpunkt, ob die Schnittstelle zwischen dem vom Schutzgedanken geprägten Urheberrecht und dem frei ausgehandelten Vertrag als Instrument von Freiheit und Bindung im primären Urhebervertragsrecht interessengerechten Lösungen zugeführt wurde. Besonderes Interesse gebührt dabei dem liberalen Ansatz des amerikanischen *copyright contract law*.

II. Ziel und Gang der Untersuchung

Im Folgenden wird im Rahmen einer materiell- sowie kollisionsrechtlichen Studie untersucht, ob die Ausgestaltung des primären Urhebervertragsrechts mit den Ansprüchen von Freiheit und Bindung konform geht. Dazu sollen die innerhalb des weiten Gestaltungs- und Beurteilungsspielraums des Gesetzgebers getroffenen Wertungen hinsichtlich der diversen urhebervertragsrechtlichen Schutzinstrumente auf ihren Nutzen sowie auf ihre Rechtfertigung untersucht werden. Zu ermitteln ist, ob ein etwaiger Reformbedarf eine Neuvermessung der Grenzen von Freiheit und Bindung erfordert und wie diese auszusehen hätte.

In *Kapitel 1* erfolgt eine grundlegende Auseinandersetzung mit dem Bedeutungsinhalt, der Verankerung, der Legitimation sowie auch den Schranken von Vertragsfreiheit und Vertragsbindung. Dies soll den Blick für den Auftrag des Urhebervertragsrechts und den vorliegend auf dieser Basis zu entwickelnden Untersuchungsmaßstab öffnen.⁷ Angesichts der Defizite an marktübergreifenden empirischen Daten, die Aufschluss über die finanzielle Situation der Urheber, über die Reichweite der beklagten Paritätsstörungen, die Bedürfnisse in den einzelnen Branchen und die Wirkungsweise und Effektivität der Schutzinstrumentarien geben, soll die Diskussion über den vertragsrechtlichen Urheberschutz um eine formālere Perspektive ergänzt wer-

⁶ Art. 18 ff. der europäischen Richtlinie über das Urheberrecht und die verwandten Schutzrechte im digitalen Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinien 96/9/EG und 2001/29/EG v. 17.4.2019, RL 2019/790/EU, Abl. EU Nr. L 130/92 (DSM-RL 2019); s. auch COM(2016) 593 final, v. 14.9.2016.

⁷ S. u. Kapitel 1 III. 4. d).

den. Auf Basis der Annahme nicht einer *tatsächlichen*, sondern einer rein *rechtlichen* Gleichheit von Urhebern und Verwertern soll untersucht werden, ob und inwiefern sich ein etwaiges korrekturbedürftiges Schutzunter- oder -übermaß im Urhebervertragsrecht klarer entlang nicht paternalistisch am Schutz des Schwächeren akzentuierter Legitimationsmuster identifizieren und auf diese Weise erfolgreicherer Stärkungsansätzen zuführen ließe.

Kapitel 2 thematisiert die Ausgestaltung von Vertragsfreiheit und Vertragsbindung im deutschen primären Urhebervertragsrecht und – soweit anwendbar – im allgemeinen Zivilrecht *de lege lata*. Anknüpfend an die in § 11 UrhG niedergelegten traditionellen Programmsätze des UrhG wird der Lizenzvertrag aus der Perspektive des Urhebers analysiert und zwischen Schutzmechanismen differenziert, die Urhebern auf der Leistungsseite Werkkontrolle über ihre Rechte gewährleisten und solchen, die auf der Gegenleistungsseite eine angemessene Vergütung für die Erteilung von Nutzungsbefugnissen sicherstellen. Diese Untersuchung erfolgt nicht nur mit Blick auf freischaffende Einzelurheber, sondern auch in Bezug auf Arbeitnehmerurheber.

In *Kapitel 3* erfolgt ein funktionaler Vergleich der Ergebnisse zur Ausgestaltung von Freiheit und Bindung im deutschen Urhebervertragsrecht mit dem Vertragsrecht der USA als einer der für die Verwertung von Kunst- und Kulturgütern wichtigsten Jurisdiktionen weltweit. Ausgangspunkt hierfür ist der durch *freedom* und *sanctity of contract* sowie durch die *copyright clause* der amerikanischen Verfassung geprägte Auftrag des (Urheber-)Vertragsrechts. Auf dieser Basis wird spiegelbildlich zur Untersuchungsstruktur aus Kapitel 2 betrachtet, wie das amerikanische Recht den Interessen des Urhebers nach Werkkontrolle und Alimentation sowie auch den Besonderheiten für *works made for hire* Rechnung trägt.

Kapitel 4 würdigt, dass bei Verträgen über urheberrechtliche Nutzungsbefugnisse Auslandsberührungen an der Tagesordnung stehen. Aufgrund der tradierten Befürchtung, Verwerter könnten auf zu starre Materialisierungen durch die Wahl ausländischen Rechts oder mit Standortverlagerungen reagieren, ist von besonderem Interesse, ob und inwiefern sich die vertragsrechtlichen Schutzmechanismen des UrhG (im Falle der Zuständigkeit eines deutschen Gerichts) gegenüber einem ausländischen Vertragsstatut durchsetzen. Erörtert werden die Grundlinien des Internationalen Urhebervertragsrechts, wie insbesondere die Reichweite von Urheber- und Vertragsstatut, der Stellenwert der Parteiautonomie sowie die internationalprivatrechtliche Sicherung der Werkkontrolle und Vergütung von Freischaffenden ebenso wie von Arbeitnehmerurhebern.

In *Kapitel 5* werden die Ergebnisse der Untersuchungen zum Auftrag des Urhebervertragsrechts sowie zur Ausgestaltung von Freiheit und Bindung im deutschen und amerikanischen (Urheber-)Vertragsrecht resümiert, ein möglicher Reformbedarf für den fünften Abschnitt des UrhG identifiziert

und zwei Reformimpulse sowohl für die Leistungs- als auch für die Gegenleistungsseite des Lizenzvertrags entwickelt.

Zuletzt erfolgt eine zusammenfassende Betrachtung der Reformvorschläge und ein Ausblick auf die Zukunft des deutschen Urhebervertragsrechts.

III. Eingrenzung des Untersuchungsumfangs

Der Weite des Themas sind verschiedene Einschränkungen des Untersuchungsumfangs geschuldet. Zu erwarten sind eine Analyse des deutschen Urhebervertragsrechts in materiell- und kollisionsrechtlicher Hinsicht sowie eine rechtsvergleichende Studie zum materiellrechtlichen amerikanischen (Urheber-)Vertragsrecht, nicht aber eine nähere Auseinandersetzung mit Aspekten der Rechtsökonomie. Dabei bildet den Gegenstand der vorliegenden Untersuchung ausschließlich der fünfte Abschnitt des UrhG, oder – genauer gesagt – die individualvertraglichen Schutzmechanismen des allgemeinen primären⁸ Urhebervertragsrechts. Kollektivvertragliche Regelungen werden nur insoweit vorgestellt, als es für das Verständnis der individualvertraglichen Mechanismen notwendig ist. Ausgeschlossen ist ferner das sekundäre Urhebervertragsrecht und damit sämtliche sich an das Primärverhältnis zwischen Urheber und Verwerter anschließende Rechtsbeziehungen sowie auch Verträge mit Werknutzern als tertiäre Ebene. Jenseits des Untersuchungsprogramms liegt zudem eine nähere Auseinandersetzung mit den Bestimmungen des besonderen Urhebervertragsrechts, wie etwa Sonderregeln zugunsten von Filmurhebern, Softwareingenieuren oder zum Verlagsvertrag. Weiterhin liegt der Fokus bewusst auf Einzelurhebern.⁹ Wichtige Probleme im Kontext von Urhebermehrheiten werden der Vereinfachung halber ausgeklammert, um die Darstellung der Ausprägung von Vertragsfreiheit und Vertragsbindung zwischen Einzelurheber und Verwerter nicht unnötig zu verkomplizieren. Analog gilt dies für die verwandten Schutzrechte, wie insbesondere für die Bestimmungen des Schutzes ausübender Künstler aus §§ 73 ff. UrhG.

Eine Arbeit zum Thema Freiheit im Kontext des Urhebervertragsrechts ließe zudem eine Auseinandersetzung mit der explizit im fünften Abschnitt des UrhG geregelten Zwangslizenz zur Herstellung von Tonträgern (§ 42a UrhG) erwarten. Denn auch der Zwangslizenz liegen eine Lizenzerteilung

⁸ Zur Terminologie *Dietz*, Das primäre UrhVR (1984), 1 ff.; s. u. Kapitel 1. III. 2.

⁹ Zur berechtigten Kritik an einem so gewählten Fokus angesichts der Dominanz des arbeitsteiligen Schaffens in der Praxis *de la Durantay/Grünberger et al.*, GRUR 2020, 1176.

des Urhebers sowie, da der Vertragspartner nicht gewählt werden kann, eine Beschränkung der Vertragsfreiheit zugrunde. Dennoch sind für eine instruktive Darstellung urheberrechtlicher Zwangslizenzen maßgebliche kartell- und wettbewerbsrechtliche Belange zu würdigen, was für die Zwecke der vorliegenden Untersuchung insgesamt zu weit ginge. Dazu kommt, dass § 42a UrhG kaum praktische Bedeutung hat, da die Nutzungsbefugnisse zu meist durch Verwertungsgesellschaften wahrgenommen werden (§ 42a I 1 Hs. 2 UrhG) und urheberrechtliche Zwangslizenzen zudem jüngst Gegenstand ausführlicher monografischer Untersuchung waren.¹⁰ Auf die Darstellung von Zwangslizenzen wird daher vorliegend verzichtet.

¹⁰ H. Weber, Die urheberrechtliche Zwangslizenz (2018), 444 ff.

Kapitel 1

Freiheit und Bindung sowie der Auftrag des Urhebervertragsrechts

„Zunächst ist festzustellen, dass [...] immer dann, wenn im Interesse der Verbesserung der vertraglichen Stellung der Kreativen eine gesetzliche Regulierung geplant ist, grundsätzliche Bedenken im Hinblick auf die ehernen Prinzipien des Privatrechts, nämlich die Vertragsfreiheit und Vertragserfüllung (*pacta sunt servanda*), geäußert wurden und werden.“

(A. Dietz, 2015)¹

Im Sinne des vorstehenden Zitats ist den Erwägungen zum Urhebervertragsrecht eine grundlegende Auseinandersetzung mit zwei Kernprinzipien des Privatrechtsverkehrs voranzustellen. Angesichts der in der Praxis häufig vorzufindenden ewigen Vertragslaufzeiten von Lizenzverträgen ist neben der Vertragsfreiheit auch die Vertragsbindung von besonderem Interesse. In Kapitel 1 sind beide Prinzipien hinsichtlich ihres Bedeutungsgehalts (I. 1. und I. 2.), ihrer Verankerung im deutschen (I. 3.) und europäischen Recht (I. 4.) sowie hinsichtlich ihrer Legitimation (I. 5.) vorzustellen, bevor – zunächst abstrakt – auf mögliche Schranken (II.) einzugehen ist. Unter besonderer Würdigung von Vertragsfreiheit und -bindung wird anschließend der Auftrag des Urhebervertragsrechts erörtert (III.). Auf diesem Fundament wird zuletzt (III. 4. d)) der in den nachfolgenden Kapiteln anzulegende Untersuchungsmaßstab konkretisiert.

¹ Dietz, GRUR Int. 2015, 309, 314.

I. Freiheit und Bindung als Kernprinzipien des Privatrechtsverkehrs

1. Vertragsfreiheit als Element der Privatautonomie

Unverzichtbares „Strukturelement einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung“ ist der Grundsatz der Privatautonomie.² Dieser gewährt dem Individuum die Freiheit, privatrechtliche Angelegenheiten durch Rechtsgeschäfte nach eigenem Willen³ und auf eigene Verantwortung zu gestalten. In der so konstituierten „Privatrechtsgesellschaft“⁴ ist der Aktionsradius des Einzelnen – als Gegenentwurf zum Feudalismus – von rechtlicher Gleichheit geprägt.⁵ Mit dem Bekenntnis zur autonomen Festlegung von Zielen und Mitteln durch den Bürger trifft der Staat eine staatspolitisch zentrale Entscheidung für einen Wertpluralismus und damit gegen ein totalitäres Herrschaftssystem.⁶ Die daraus resultierende Kompetenz des Einzelnen zur Selbstbestimmung ist Ausdruck der Anerkennung der Würde des Menschen und daher von tragender Bedeutung für den demokratischen Rechtsstaat.⁷

Neben den weiteren Säulen der Privatautonomie, wie der Eigentumsfreiheit, der Testierfreiheit und der Vereinigungsfreiheit, liegt ihre Bedeutung ganz wesentlich in der Vertragsfreiheit.⁸ Der Vertrag fungiert als Instrument, die unterschiedlichen Ziele und Interessen der Akteure des Privatrechtsverkehrs abzustimmen.⁹ Denn die Freiheit des Individuums zur Selbstbestimmung begründet für sich genommen keine rechtlichen Bindungen für andere; notwendig dafür ist ein Mitwirken des anderen Teils in Form eines Vertrags.¹⁰ Dem Einzelnen steht es frei, ob und mit wem ein Vertrag geschlossen werden

² BVerfG 7.2.1990, NJW 1990, 1469, 1470.

³ BVerfG 27.7.2005, GRUR 2005, 880, 882; BVerfG 2.5.1996, NJW 1996, 2021; BVerfG 5.8.1994, NJW 1994, 2749, 2750; BVerfG 19.10.1993, NJW 1994, 36, 38; BVerfG 13.5.1986, NJW 1986, 1859, 1860; *Flume*, in: FS DJT (1960), 135, 136.

⁴ Zum Begriff und den Charakteristika der „Privatrechtsgesellschaft“ *Böhm*, Privatrechtsgesellschaft und Marktwirtschaft, 17 Ordo 1966, 75–151; s. auch *Canaris*, in: FS Lerche (1993), 873, 874 f.

⁵ Für die Bewegung „from status to contract“ s. *Maine*, Ancient Law (1861), 170; *Raiser*, JZ 1958, 1, 2; *Höfling*, Vertragsfreiheit (1991), 1; *Reimann*, in: Schmoeckel/Kanzleiter, Vertragsschluss – Vertragstreue – Vertragskontrolle (2010), 65 ff.

⁶ *Canaris*, in: FS Lerche (1993), 873, 875.

⁷ *Flume*, in: FS DJT (1960), 135, 136 f.; *Lorenz*, Der Schutz vor dem unerwünschten Vertrag (1997), 15 f.; *Bruns*, JZ 2007, 385, 386, 390; *Riesenhuber*, ZfPW 2018, 352, 357.

⁸ Daher werden die Begriffe „Privatautonomie“ und „Vertragsfreiheit“ häufig synonym verwendet, *Weller*, Die Vertragstreue (2009), 154; zur historischen Entwicklung der Vertragsfreiheit *Heinrich*, Formale Freiheit und materiale Gerechtigkeit (2000), 13–42.

⁹ *Limbach*, JuS 1985, 10, 11.

¹⁰ *Lorenz*, Der Schutz vor dem unerwünschten Vertrag (1997), 17.

soll. Dazu können die Kontrahenten den Inhalt des Vertrages vor dem Hintergrund ihrer pluralistischen Interessen frei aushandeln und auf diese Weise gemeinsam Rechtsverhältnisse gestalten. Neben der Abschluss- und Inhaltsfreiheit sind weitere Komponenten der Vertragsfreiheit die Formfreiheit und – je nach vertretener Terminologie – die Vertragsänderungs- und Vertragsbeendigungsfreiheit.¹¹ Die Vertragsfreiheit unterwirft den Privatrechtsverkehr damit möglichst der Wahl von Zielen und Mitteln durch den Bürger,¹² was eine auf Wettbewerb ausgerichtete freiheitliche Wirtschaftsordnung erfordert und begünstigt.¹³

2. *Vertragsbindung als notwendiges Gegenstück der Vertragsfreiheit*

Spiegelbildlich zur Freiheitsausübung durch wirksamen Vertragsschluss geht mit diesem eine wechselseitige Bindungswirkung einher. Neben dem Naturalerfüllungsgrundsatz und der Leistungstreue stellt die Vertragsbindung¹⁴ die Kernfunktion des – synonym auch mit „pacta sunt servanda“ umschriebenen – Grundsatzes der Vertragstreue dar.¹⁵ Die Vertragstreue umfasst keine verfügbaren Verträge, deren Zustandekommen bereits unmittelbar die vereinbarte Aufhebung, Übertragung, Belastung oder Inhaltsänderung des Rechts herbeiführt, sondern verpflichtende Verträge, die auf zukünftigen Leistungsaustausch gerichtet sind.¹⁶ Bei Vertragsschluss unterwerfen sich die Parteien in ihrer Funktion als Gläubiger und/oder Schuldner den dem Vertragsinhalt entspringenden Geboten und nehmen das Risiko einer späteren Interessenänderung in Kauf.¹⁷ Auf diese Weise bindet die Vertragsbindung die Selbstbestimmung an den „Widerhaken“¹⁸ der Selbstverantwortung, verkörpert durch die Verantwortungsübernahme für das vom Willen getragene Verhal-

¹¹ *Raiser*, JZ 1958, 1; *Höfling*, Vertragsfreiheit (1991), 3 Fn. 18; *Weller*, Die Vertragstreue (2009), 155 f.; *Busche*, in: MüKo-BGB (2021), Vorb. § 145 Rn. 2. A. A. *Lorenz*, Der Schutz vor dem unerwünschten Vertrag (1997), 18.

¹² S. jüngst zum Diskurs über das Verhältnis von Privatrecht und Regulierung, *Schweitzer*, AcP 220 (2020), 544–586.

¹³ *Canaris*, in: FS Lerche (1993), 873, 875 f., 879; *Hönn*, Kompensation gestörter Vertragsparität (1982), 109; *Busche*, in: MüKo-BGB (2021), Vorb. § 145 Rn. 3.

¹⁴ Zur historischen Entwicklung der Vertragsbindung s. *Stöhr*, AcP 214 (2014), 425 ff. m. w. N.

¹⁵ *Weller*, Die Vertragstreue (2009), 37, 40 f.

¹⁶ *Weller*, Die Vertragstreue (2009), 195 ff.

¹⁷ *V. Jhering*, Der Zweck im Recht, Bd. I (1877), 78, 262; *Lorenz*, Der Schutz vor dem unerwünschten Vertrag (1997), 28 f.; *Weller*, Die Vertragstreue (2009), 285 f.

¹⁸ *Hartmann*, Ethik (1926; 4. unveränderte Aufl. v. 1962), 354.

ten.¹⁹ Der Fähigkeit zur Selbstbindung als Bestandteil der Selbstbestimmung kommt daher ein eigener Persönlichkeitswert zu.²⁰

Obgleich die Vertragsbindung Bindungswillen voraussetzt und so unausweichlich an die Vertragsfreiheit anknüpft, wird deutlich, dass erst der Eintritt der Bindung der Parteien an ihre gemeinsam getroffenen Regeln den Sinngehalt und die Funktionsfähigkeit der Vertragsfreiheit verwirklicht.²¹ Während die Vertragsfreiheit nur zur „Nichteinmischung des Staates“ führt, sorgt erst die Vertragsbindung für „Anerkennung und Schutz des Vereinbarthen“.²² Die Bindungswirkung von Verträgen ist daher einerseits ein unverzichtbares Gegenstück der Vertragsfreiheit. Andererseits statuiert die Vertragsbindung neben der Vertragsfreiheit ein eigenständiges und zudem tragendes Prinzip der Privatrechtsordnung.²³

3. Verankerung im deutschen Recht

a) Notwendigkeit der Anerkennung durch die Rechtsordnung

Nach überwiegender Auffassung sind Vertragsfreiheit und Vertragsbindung keine der Rechtsordnung *a priori* und damit übergesetzlich vorgegebene naturrechtliche Prinzipien. Sie bedürfen der Anerkennung und Ausgestaltung durch die Rechtsordnung.²⁴ Die Rechtsordnung muss den Konsens der Vertragsparteien als Instrument zur selbstbestimmten Herbeiführung gesetzli-

¹⁹ *Wolf*, Rechtsgeschäftliche Entscheidungsfreiheit und vertraglicher Interessenausgleich (1970), 75 ff.; *Stathopoulos*, AcP 194 (1994), 543, 551; *Bydlinski*, System und Prinzipien des Privatrechts (1996), 154; *Auer*, Materialisierung, Flexibilisierung, Richterfreiheit (2005), 13 f.; *Weller*, Die Vertragstreue (2009), 157 f.

²⁰ *Lorenz*, Der Schutz vor dem unerwünschten Vertrag (1997), 28; z. T. wird auch vom „Verzicht auf die negative Vertragsfreiheit durch Selbstbindung“ gesprochen, s. *Hanau*, in: *Möslein*, Private Macht (2016), 119, 123.

²¹ *Fastrich*, Richterliche Inhaltskontrolle im Privatrecht (1992), 228; *Lorenz*, Der Schutz vor dem unerwünschten Vertrag (1997), 28 f., 36 f.; *Canaris*, AcP 200 (2000), 273, 279; *Canaris*, in: FS 50 J. BGH (2000), 129, 147 ff.; *Heinrich*, Formale Freiheit und materiale Gerechtigkeit (2000), 50; *Weller*, Die Vertragstreue (2009), 159 f.

²² *Raiser*, FS DJT (1960), 101, 115.

²³ *Lorenz*, Der Schutz vor dem unerwünschten Vertrag (1997), 28 f.

²⁴ Exemplarisch: BVerfG 19.10.1993, NJW 1994, 36, 38; *Flume*, in: FS DJT (1960), 135, 136 ff.; *Bydlinski*, Privatautonomie und obj. Grundlagen des verpflichtenden RG (1967), 67 ff., 127 f.; *Huber*, Die Verfassungsrechtliche Bedeutung der Vertragsfreiheit (1966), 19; *Lübbe-Wolff*, Die Grundrechte als Eingriffsabwehrrechte (1988), 81; *Höfling*, Vertragsfreiheit (1991), 21 f.; *Canaris*, AcP 184 (1984), 201, 218 f.; *Lorenz*, Der Schutz vor dem unerwünschten Vertrag (1997), 16 f.; *Heinrich*, Formale Freiheit und materiale Gerechtigkeit (2000), 43 ff., 92; *Weller*, Die Vertragstreue (2009), 165 ff., 171 ff. Abweichend (ebenfalls beispielhaft) *Hanau*, Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit als Schranke privater Gestaltungsmacht (2004), 29 f.; *Stöhr*, AcP 214 (2014), 425, 444 ff.

Sachregister

- Abstraktionsprinzip 71 ff., 165, 172, 368 f.
– IPR 281 ff.
AGB-Kontrolle 154 ff.
– *siehe auch standard form contract*
Alimentation *siehe* Vergütung
Allgemeinwohl 33, 90, 115, 117 f.
– IPR 275 f., 291 ff., 316 ff., 336, 371 f.
– USA 182 ff., 205 ff., 214, 236 f., 242 f.
American Law Institute (ALI) 186, 264, 334
angemessene Vergütung *siehe* Vergütung
Äquivalenzkontrolle *siehe* Preiskontrolle
Arbeitnehmererfinder 32, 161, 164 f., 170, 253, 334, 387
Arbeitnehmerurheber 32 f., 161 ff., 176 f., 255 f.
– IPR 276 f., 332 ff.
– *siehe auch* Tarifvertrag
– *siehe auch works made for hire*
auffälliges Missverhältnis *siehe* Vergütung
Auskunft und Rechenschaft 144 ff., 175, 259, 396
– Arbeitsverhältnis 170
– Folgerecht 150 f.
– IPR 313 ff.
Auslegungsregeln 83 ff.
– Arbeitsverhältnis 165, 177, 255
– *in dubio pro auctore* 88
– IPR 291 ff.
– Lizenznehmer 89
– *siehe auch* AGB-Kontrolle
– *siehe auch new media*
– USA 202 ff.
– Vertragszweck 83 ff., 156 ff., 172 f.
Ausschließlichkeitsrecht *siehe* Urheberrecht
außergerichtliche Konfliktbeilegung 125, 176, 313 ff.
Ausübungspflicht 101, 212, 238, 269
author 182 ff.

Bearbeitung 78, 364
– *siehe auch derivative work*
Befristung 108 f., 347, 355 ff., 360 ff.

Benutzungszwang *siehe* Ausübungspflicht
bestseller 38, 40 ff., 214, 228, 248, 359 f., 390
Beteiligungsgrundsatz 54 ff., 86 f., 89 f., 122, 156 ff., 174, 389, 393 f.
Bindung 9 ff., 19 ff., 27 ff.
– Grenze 29 f., 346 ff., 358 ff., 372 f., 400 f.
– *siehe auch* Formalisierung
– *siehe auch* Materialisierung
– *siehe auch sanctity of contract*
– *siehe auch* Vertragsbindung
Binnenmarkt Klausel 275, 297, 318 f., 320, 322, 337
„blacklisting“ *siehe* Sperrliste
Buy-out-Vertrag 41 f., 70, 171 ff., 179, 259, 343 ff., 398 ff.
– Begriff 41 f.
– USA 191, 236

Charta der Grundrechte der Europäischen Union 13 f., 33, 379, 383
collective bargaining agreement 200, 207, 235, 237, 243 ff., 249, 258
– *siehe auch guild*
Computerprogramme 32, 34, 44, 102 f., 115, 126, 136, 147, 164, 185, 216, 266 f., 364, 385
condition 211, 231
Conflict of Laws in Intellectual Property (CLIP) 264, 266, 270, 303, 334
consideration 197, 199, 239
contract of adhesion 241
copyright 182 ff.
– Begriff 192
– *clause* 181 f.
– *contract law* 192
– *ownership* 194, 234
– *policy* 208 f., 227, 257, *siehe auch new media*
– Rechtsgrundlagen 185 ff.
– Schutzfrist 183 f., 213 ff., 225 f., 254
– wirtschaftlicher Rahmen 187 ff.
covenant 194, 211 f., 231, 239, 248

- Dauerschuldverhältnis 28 ff., 64 ff., 69 f.,
 108 f., 172, 345 f., 350 f., 400
derivative work 222 f., 226, 364
divisibility 193 ff., 206 f., 257
droit de suite siehe Folgerecht
droit-d'auteur 54, 182
 DSM-RL 2019 35, 343 f.
 – Arbeitnehmerurheber 169
 – Auskunft und Rechenschaft 145 ff.
 – Computerprogramme 102 f., 126, 136,
 385
 – Kündigungsrecht 372, 374
 – Lizenzierung 60
 – Recht zur anderweitigen Verwertung bei
 pauschaler Vergütung 113 f.
 – Rückruf 102 ff., 174
 – Übertragbarkeit 59, 340
 – Urheberpersönlichkeitsrechte 82
 – Vergütung 55 f., 125 f., 131 ff., 135 ff.,
 175 f., 378 f., 393 ff.
 – Verhältnis zu Eingriffsnormen 306,
 313 ff., 336, 371, 374, 396
 – Vertragsfreiheit 14, 56, 133, 393
 Dualismus 184, 192 f., 233
duty of good faith and fair dealing 211, 238

effet utile 321, 336
 Eingriffsnorm 275 f., 279, 291 ff., 313 ff.,
 335 ff.
 – Ansprüche auf Vertragsänderung,
 auf Auskunft und Rechenschaft sowie
 auf außergerichtliche Konfliktbeilegung
 313 ff., 344
 – *Arblade*-Rechtsprechung des EuGH 292,
 297, 299
 – Auslegung 306 f.
 – Definitionshoheit 316 ff.
 – *Hi-Hotel-II*-Rechtsprechung des BGH
 304 ff.
 – *Ingmar*-Rechtsprechung des EuGH 297 f.
 – internationaler Anwendungsbefehl 313 f.
 – *Krombach*-Rechtsprechung des EuGH
 293, 316
 – Kündigungsrecht 310, 371 f., 374
 – Meinungsstand Urhebervertragsrecht
 302 ff.
 – Missbrauchskontrolle 293, 328, 337
 – Recht zur anderweitigen Verwertung bei
 pauschaler Vergütung 312 f.
 – Rückrufsrechte 311 f.
 – siehe auch Allgemeinwohl
 – Sonderprivatrecht 295 ff.
 – *Unamar*-Rechtsprechung des EuGH
 298 ff.
 – Verträge über unbekannt Nutzungsarten
 307 f., 308 ff., 328 ff.
 Einräumung 59 f., 68 ff., 373
 – siehe auch Lizenz
 Endnutzer 31, 33, 46, 179, 185, 243, 262
 Entkoppelung siehe Kündigung
 Entscheidungseinklang 267, 271, 278, 295,
 327
 Erfolgsunsicherheit siehe Verwertung
 Erneuerungsrecht siehe *renewal right*
 Exklusivitätswegfall
 – siehe Recht zur anderweitigen Verwertung
 bei pauschaler Vergütung
 – siehe Rückruf

federal common law 186, 206
 Film 34, 62 f., 78, 89 f., 94, 102, 108, 115,
 118, 145, 164, 216, 222, 243 ff.
 Folgerecht 149 ff., 175, 246 f., 250, 329 ff.,
 337, 395 f.
 Formalisierung 15 ff., 21 ff., 50 f., 277 ff.,
 295 ff., 337, 351 ff., 360, 373, 391 ff., 398 f.
 – siehe auch Materialisierung
 Formstatut 288 ff., 310, 333
freedom of contract 182 ff., 192, 227, 239,
 258
 Freiheit 8 ff., 21 ff.
 – Allgemeine Handlungsfreiheit 11, 273
 – Berufsfreiheit 11, 13, 374, 380 f.
 – Eigentumsfreiheit 8, 12 f., 350
 – Grundfreiheit 13, 273 f.
 – siehe auch Formalisierung
 – siehe auch *freedom of contract*
 – siehe auch Materialisierung
 – siehe auch Parteiautonomie
 – siehe auch Privatautonomie
 – siehe auch Vertragsfreiheit
 Fremdbestimmung 18, 44, 122, 178, 191 f.,
 380, 383 ff., 398, 401
 – siehe auch Selbstbestimmung
 Fremdenrecht 263
frustration 239 f.

 gemeinsame Vergütungsregeln 34, 95, 106,
 116, 123 ff., 127, 148, 174, 249, 259,
 365 f., 382, 386, 388, 391
 – siehe auch Kollektivvertrag
 Gerechtigkeit
 – *iustitia commutativa* 16
 – *iustitia distributiva* 16

- Verteilungsgerechtigkeit 47 ff., 389 ff., 401
- Vertragsgerechtigkeit 15 ff., 28, 321, 339, 353, 375, 377, 385, 389, 401
- Generation *siehe* Vertragsbindung
- Gesetzesfolgenabschätzung 39 f., 45 ff., 50, 137, 260, 326, 338, 359, 380, 384, 392, 402
- Gleichwertigkeit der Rechtsordnung 271, 278, 295, 305, 319, 328, 337
- Grundsatz *siehe* Prinzip
- guild* 189, 243 ff., 249, 254
- *siehe auch* *collective bargaining agreement*
- Günstigkeitsvergleich 277, 333
- gutgläubiger Erwerb 63, 199, 280

- Handelsvertreter 23, 187, 297 ff., 319 ff.

- independent contractor* 251 f.
- indivisibility* *siehe* *divisibility*
- inequality of bargaining power* 189 f., 192, 215, 242, 258
- *siehe auch* Paritätsstörung
- Inhaltskontrolle
- *siehe auch* AGB-Kontrolle
- *siehe auch* Vergütung
- Inlandssachverhalt 275, 314, 318, 337
- Institutsgarantie 12 f.
- Internationales Zivilverfahrensrecht 263, 316, 338
- iustitia* *siehe* Gerechtigkeit
- iustum pretium* 16, 339, 342, 378
- *siehe auch* Preiskontrolle

- Kaufvertrag 64, 67, 172, 179
- Kausalprinzip 71 ff., 232 f., 281 f., 368 f.
- Klagebefugnis 69, 71, 116, 125, 193 ff., 234, 282
- kleine Münze 32, 44, 398
- Kollektivvertrag
- *siehe* *collective bargaining agreement*
- *siehe* gemeinsame Vergütungsregeln
- *siehe* Tarifvertrag
- Kölner Entwurf 357
- Kulturförderung 36, 49, 398
- Kumulation 359
- Kündigung
- anlasslose 173, 180, 238, 350 ff., 358 ff., 372 f., 400
- außerordentliche 29, 65, 109 ff., 113, 346, 349, 353, 356
- IPR 309 f., 371 f., 374
- Miet- und Pachtverträge 29, 346 ff.
- nach 30 Jahren 112 ff., 343 ff., 350 ff., 358 ff., 394 f., 400 f.
- ordentliche 29, 100, 108 f., 346 f.
- *siehe auch* künftige Werke
- *siehe auch* *termination right*
- *siehe auch* Vertragsbeendigung
- *siehe auch* Werkkontrolle
- künftige Werke
- Arbeitsverhältnis 166, 177
- IPR 289, 310
- Kündigung 98 ff., 173, 255
- Schriftform 61, 98 f., 172
- USA 210, 213, 236
- Künstlersozialkasse 39, 48 f., 325, 398

- Leistungsbestimmung 377 f.
- Leitbildfunktion *siehe* AGB-Kontrolle
- lex causae* 263
- lex contractus* 266 ff.
- objektive Anknüpfung 268 ff., 292 f., 314 f.
- *siehe auch* Arbeitnehmerurheber/IPR
- *siehe auch* Parteiautonomie
- subjektive Anknüpfung 270 ff.
- lex fori* 263, 270, 273, 275, 282, 300
- lex loci actus* *siehe* Formstatut
- lex loci protectionis* 264 ff., 268, 309 f., 329, 334 f.
- lex originis* 265, 283
- lex rei sitae* 280, 283
- Lizenz 60 ff., 81 f., 351 f.
- Begriff 60
- IPR 281 ff., 335
- Lizenzierungsverbot *siehe* Lizenzierbarkeit
- Rechtsnatur 66 ff., 95, 99 f., 104, 111, 116, 165, 172, 234, 281 f., 348 ff., 368 f., 400
- *siehe auch* Sukzessionsschutz
- Übertragung 61 f., 77, 165, 197 f.
- Unterlizenz 62 f., 71 ff., 95, 105, 111, 116, 165, 232 f., 369
- USA 193 ff., 234 f.
- Lizenzierbarkeit 54, 59, 89 ff., 96 ff., 116, 141, 173, 179, 237, 342, 399
- IPR 281 ff., 290, 307 ff., 331, 335
- Lizenzvertrag 57, 60, 64 ff., 281, 288, 350 f.

- Markenrecht 34, 58, 67, 69, 77, 101, 108 f., 115, 177, 280
- USA 194

- Materialisierung 15 ff., 21 ff.
 – deutsches Urhebervertragsrecht 50 f., 171 ff., 375, 383 ff., 397 ff.
 – IPR 277 ff., 295 ff., 305, 335 ff.
 – politische Verantwortung 383 f.
 – *siehe auch* Formalisierung
 – USA 189 ff., 238, 248, 256 ff.
 Mediation *siehe* außergerichtliche Konfliktbeilegung
 Miete 25, 29, 43, 66 f., 288, 346 ff.
 Monismus 41, 58 f., 77 f., 102, 164, 171, 233, 290
moral rights 184, 199 ff., 210, 234 f., 254, 256
 – *siehe auch* Urheberpersönlichkeitsrecht

 nachrangiger Beitrag 115, 146
new media 206 ff., 236, 244, 257
 Nießbrauch 67, 70, 348
 Normvertrag 123
numerus clausus 74 f., 348
 Nutzung
 – *siehe* Lizenz
 – *siehe* Lizenzierbarkeit
 – *siehe* Urheberrecht/Schranke

 Obligation *siehe* Lizenz/Rechtsnatur
 öffentliches Interesse *siehe* Allgemeinwohl
open content/source 93, 117 f., 134, 147, 216, 362
 Optimierungsgebot *siehe* Prinzip
ordre public 276, 291, 293 ff., 305, 321, 328, 336
 Out-of-print-Klausel 229 f., 238

 Pacht *siehe* Miete
 Paritätsstörung 23 ff., 43 ff., 380 ff., 397 ff.
 – IPR 277 ff., 295 ff., 338
 – *siehe auch* *inequality of bargaining power*
 Parteiautonomie 271 ff., 275 ff., 298, 335 ff.
 – *siehe auch* Freiheit
 Patentrecht 34, 67, 69, 161, 177, 280
 – USA 194, 212, 243, 253
 Pauschalvergütung *siehe* Vergütung
personal service contract 200, 210
preemption 186
 Preiskontrolle 16, 55 f., 130 f., 140, 375 ff., 386
 – *siehe auch* AGB-Kontrolle
 – *siehe auch* *iustum pretium*
 – *siehe auch* Vergütung
 Prinzip 21 ff., 402

 Privatautonomie 8, 11 f., 272 ff., 277 ff.
 – *siehe auch* Freiheit
 – *siehe auch* Vertragsfreiheit
 Professorenentwurf 78 f., 91, 112, 122, 162, 330, 341, 356, 361, 369
 Programmsätze des UrhG 30 ff., 54 ff.
 – *siehe auch* Werkkontrolle
 – *siehe auch* Beteiligungsgrundsatz
property right 184, 226
public policy 240, 242 f., 248

 Rechenschaft *siehe* Auskunft
 Recht zur anderweitigen Verwertung bei pauschaler Vergütung 112 ff., 358, 372 f., 400
 – Arbeitsverhältnis 167, 177
 – IPR 312 f., 335 f.
 – Rezeption 118 ff., 173 f., 344 f.
 – *siehe auch* Pauschalvergütung
 Recht zur öffentlichen Zugänglichmachung wissenschaftlicher Beiträge 117 f., 120, 313 ff., 336
 Rechtsökonomie *siehe* Umverteilung
 Rechtsübertragung *siehe* Übertragung
 Rechtsvergleich 191 ff., 233 ff., 247 ff., 255 ff.
 Rechtswahl *siehe* Parteiautonomie
recording 183, 196, 198 f., 219 ff., 235, 290
 Redlichkeit *siehe* Vergütung
renewal right 213 ff., 258, 354, 361
renvoi 267, 270
resale right *siehe* Folgerecht
residuals 244 f., 249, 254
 Rückruf 74 f., 101 ff., 173
 – Arbeitsverhältnis 166 f., 177
 – gewandelte Überzeugung 106 ff.
 – IPR 311 f.
 – Nichtausübung 101 ff.

sanctity of contract 189 ff., 215, 227, 258
 Schöpferprinzip 30 f., 161 ff., 176, 191 f., 255
 Schranke
 – *siehe* Urheberrecht
 – *siehe* Vertragsbindung
 – *siehe* Vertragsfreiheit
 Schriftform
 – *siehe auch* Formstatut
 – *siehe* künftige Werke
 – *siehe* unbekannte Nutzungsarten
 – USA 196 f., 210, 218, 234 f., 238, 250, 257
 Schutzfrist
 – *siehe* copyright
 – *siehe* Urheberrecht
 Schutzlandprinzip *siehe* *lex loci protectionis*

- Schutzpflicht 12, 23 f., 44, 380, 383, 389, 391, 401
- Schutzrechte
- gewerbliche 32, 58, 60, 66 f., 82, 262, 280 f., 287, 290, 340, 398
 - verwandte 5, 32, 58, 340, 398
- Selbstbestimmung 8 ff., 11 ff., 21 ff., 273, 383, 391 f.
- *siehe auch* Fremdbestimmung
- Selbstverantwortung 9 f., 12, 21 ff., 27 ff., 108, 134, 341, 345 ff., 374, 392, 398
- shop right* 253
- Sittenwidrigkeit 23, 30, 74, 99, 154, 160, 295, 305, 351, 376, 381, 384
- Software *siehe* Computerprogramme
- Sozialpolitik 16, 18 f., 22, 47 ff., 56, 278, 295 f., 325, 380, 389 ff., 398
- Sperrliste 42 f., 113, 125, 130, 155, 353
- standard form contract* 204, 248
- Standortverlagerung 47, 90, 261, 263, 323, 338
- Stärkungsreform 34 f., 43, 45, 78 f., 113, 122, 124, 249, 325, 356 f., 375
- Störung der Geschäftsgrundlage 27 ff., 121 f., 154, 345 f., 352 f., 376 f.
- Streitschlichtung 125
- Sukzessionsschutz 59, 62 ff.
- IPR 280, 287 f., 335
 - USA 198 f.
- supremacy clause* 186
- Tarifvertrag 34, 106, 116, 123, 127, 148, 164, 169
- *siehe auch* Kollektivvertrag
- termination right* 213 ff., 237 f., 254, 258 f.
- Kündigung nach einzelstaatlichem Recht 230 ff.
 - *post-1978-grants* 216 ff.
 - *pre-1978-grants* 225 ff.
 - Relevanz für das deutsche Recht 354, 356, 358, 360 f., 364 f., 368, 370, 373 f., 400
 - Rezeption 227 ff.
 - *siehe auch* Kündigung
 - *siehe auch renewal right*
 - Vorgeschichte 213 ff.
- Territorialitätsprinzip 262, 264 f.
- transfer* 184, 193 ff., 232, 234 f., 256 f.
- konfligierende 198 f.
 - *siehe auch* Rechtsübertragung
- Transparenzkontrolle *siehe* AGB-Kontrolle
- Trennungsprinzip 71 ff., 282, 287, 369
- Typenzwang 74 f., 348
- Übertragbarkeit 54, 58 ff., 62, 70 ff., 77, 82 ff., 160, 171 f., 176 ff., 233 f., 340 f., 351 f., 360, 398, 400
- Arbeitsverhältnis 164 ff.
 - IPR 280 f., 287, 290, 335
 - USA *siehe transfer*
- Übertragung 58 f., 280 f.
- gebundene 68 ff., 81 f., 281
 - *siehe auch transfer*
 - *siehe auch* Übertragbarkeit
- Üblichkeit *siehe* Vergütung
- Umverteilung 47 ff., 325, 389 ff., 398 f.
- unbekannte Nutzungsarten 35, 89 ff., 342
- Arbeitsverhältnis 166, 170, 177
 - Begriff 92 f.
 - IPR 289, 307 ff., 328 ff.
 - Lizenzierungsverbot *siehe* Lizenzierbarkeit
 - Schriftform 61, 91, 93, 172
 - *siehe auch new media*
 - USA 206 ff.
 - Vergütungsanspruch 123, 141 ff., 152 f., 174 f., 378, 393, 395
 - Verhältnis zu § 31 V UrhG 83 f., 93, 172
 - Widerruf 94 ff., 173
- unconscionability* 240 ff., 248
- Universalitätsprinzip 262, 265
- Unterlizenz *siehe* Lizenz
- Urheber
- finanzielle Situation 38 ff.
 - Interessen 31 ff., 54 ff.
 - *siehe auch* Arbeitnehmerurheber
 - *siehe auch author*
- Urheberpersönlichkeitsrecht 31 f., 44, 177 f., 340 f., 398
- Arbeitsverhältnis 167 f., 177
 - Rechtsgeschäfte 58 f., 77 ff., 172, 290 f.
 - *siehe auch moral rights*
 - *siehe auch Rückruf*
- Urheberrecht
- Ausschließlichkeitsrecht 54, 56, 97, 352, 370, *siehe auch* Werkkontrolle
 - Schranken 49, 55 f., 88, 174, 243, 386 f., 389
 - Schutzfrist 31, 42, 355, 363, 398
 - *siehe auch copyright*
- Urheberrechtsstatut 264, 334, 337
- *siehe lex originis*
 - *siehe lex loci protectionis*
- Urhebervertragsrecht
- Auftrag 40 ff.
 - Internationales 262 ff.
 - kleine/große Lösung 34, 121

- primäres 33 f.
- rechtliche Rahmenbedingungen 33 ff.
- sekundäres 5, 33, 62, 72 f., 85, 101, 146, 311, 341, 369, 398
- wirtschaftliche Rahmenbedingungen 36 ff.
- Ursprungslandprinzip *siehe lex originis*
- Verbandsklage 125, 155, 176
- Verbraucher 14, 25, 43, 241, 276 f., 305, 332
- Verfügung
 - *siehe auch* Übertragbarkeit
 - *siehe auch* Übertragung
 - *siehe* Lizenz/Rechtsnatur
- Vergütung
 - Angemessenheit 54 ff., 123 ff., 127 ff., 138 f., 142, 381 f., 386 ff., 401
 - Ex-ante-Vertragsänderung 122, 126 ff., 169, 174 ff., 341 f., 374 ff., 401 f.
 - Ex-post-Vertragsänderung 122 f., 135 ff., 152 f., 169, 174 f., 376 f., 392 f., 401 f.
 - gesetzlicher Vergütungsanspruch 91, 122, 141 ff., 153, 329 ff., 337
 - IPR 303 f., 313 ff., 336 ff., 344, 396, *siehe auch* Eingriffsnorm
 - Missverhältnis 121 f., 135 ff., 152, 169, 325, 376
 - Pauschalvergütung 41 f., 64 f., 131 ff., 144, 159, 169, 171 f., 179, 362 f., 387 f., 394 f.
 - Redlichkeit 127 ff., 377 f., 385, 387 f.
 - *siehe auch* AGB-Kontrolle
 - *siehe auch* Auskunft und Rechenschaft
 - *siehe auch* Beteiligungsgrundsatz
 - *siehe auch* Folgerecht
 - *siehe auch* gemeinsame Vergütungsregeln
 - *siehe auch* Kollektivvertrag
 - Üblichkeit 127 ff., 387 f.
 - USA 239 ff.
 - Vergütung für später bekannte Nutzungsarten, *siehe* unbekanntes Nutzungsarten
 - Verhältnis zum Arbeitslohn 129, 168 ff.
 - Vorgesichte und Regelungsstruktur 121 ff.
- Verhandlungsungleichgewicht *siehe* Paritätsstörung
- Verlagsvertrag 5, 34, 74, 108, 178, 269 f., 381, 386 f.
- Vertragsänderung *siehe* Vergütung
- Vertragsbindung
 - Generationenmaß 30, 42, 112, 343, 348, 351, 353, 359, 373, 400
 - Inhalt 9 f.
 - IPR 273
 - Legitimation 19 ff.
 - Rechtsgrundlagen 10 ff.
 - Schranke 12 f., 21 ff., 27 ff.
 - *siehe auch* Formalisierung
 - *siehe auch* Materialisierung
 - *siehe auch sanctity of contract*
- Vertragsfreiheit
 - formale *siehe* Formalisierung
 - Inhalt 8 f.
 - Legitimation 15 ff.
 - materiale *siehe* Materialisierung
 - Rechtsgrundlagen 10 ff.
 - Schranken 12 f., 21 ff.
 - *siehe auch freedom of contract*
 - *siehe auch* Freiheit
- Vertragsimparität *siehe* Paritätsstörung
- Vertragsstatut *siehe* *lex contractus*
- Vertragstreue 9, 27 f., 273, 345
- Vertragsübernahme 63, 75 ff.
- Vertragszweck *siehe* Auslegung
- Verwerter 31 ff., 57 f., 59
- Verwertung
 - digitale 31 f., 46, 90 f., 105, 116, 185, 262
 - Erfolgsunsicherheiten 28 f., 40 f., 89, 131, 180, 215, 258, 353 ff.
 - *siehe auch* Buy-out-Vertrag
 - *siehe auch* Sperrliste
 - Verwertungszyklen 44, 119, 178, 359, 365
- Verwertungsrecht 31, 58 f., 70, 351
- Weiterverwertungsrecht *siehe* Recht zur anderweitigen Verwertung bei pauschaler Vergütung
- Werkkontrolle 31 ff., 54, 58 ff., 86 ff., 89 f., 160, 171 ff., 343 ff., 352 f.
 - IPR 193 ff.
 - USA 280 ff.
- Widerrufsrecht *siehe* unbekanntes Nutzungsarten
- works made for hire* 184 f., 192, 200, 216, 243, 250 ff., 256, 334
- works of authorship* 183
- works of visual art* 184, 199 f., 234
- Zwangslizenz 5 f., 216
- Zweitverwertungsrecht *siehe* Recht zur anderweitigen Verwertung bei pauschaler Vergütung